

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ehemalige Nokia-Mitarbeiter erhalten EU-Mittel für Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen



Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben sich diese Woche mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, Mittel aus dem EU-Globalisierungsfonds für die Mitarbeiter des ehemaligen Nokia-Werkes in Bochum bereitzustellen. „Die Europäische Union stellt fast 5,6 Millionen Euro für die über 1.300 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung.

Diese Gelder sollen insbesondere für Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen verwendet werden“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. Deutschland erhalte damit erstmals Hilfen aus dem im Jahre 2006 eingerichteten Fonds.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hatte im Voraus

einen Antrag gestellt, welcher von der Bundesregierung unterstützt worden war. „Die Europäische Union erkennt damit an, dass es sich bei der Schließung des Bochumer Nokia-Werkes im vergangenen Jahr um eine globalisierungsbedingte Entscheidung handelte. Das Votum zeigt zudem deutlich, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist, sondern auch für Deutschland gilt, dem größten Nettozahler in der Europäischen Union“, freute sich Ulmer.

Der CDU-Europaabgeordnete betonte, dass die Vergabe von Mitteln aus dem Globalisierungsfonds strengen Anforderungen unterliege. So müssten die Antragsteller glaubhaft nachweisen, dass es sich bei Standortverlagerungen tatsächlich um globalisierungsbedingte Umwälzungen handle. „Dies war bei Nokia in Bochum nicht allein wegen der Eröffnung eines neuen Werks in Rumänien,

also innerhalb der Europäischen Union, der Fall, sondern auch deshalb, weil der Konzernverbund im Zuge weiterer Umstrukturierungen zusätzliche Produktion nach Asien verlegt hatte“, erklärt der Politiker aus Mosbach. Ferner müssten bestimmte Fristen und zusätzliche Kriterien wie die betroffene Zahl der Mitarbeiter und das regionale Umfeld bei der jeweiligen Standortschließung berücksichtigt werden: „Dies war in Bochum durch die schnelle Reaktion der Politik und aufgrund eines Umfangs von mehr als 1.000 Entlassungen in einem vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebiet gegeben. Da es sich bei der Mehrzahl der Betroffenen um angelegte Arbeitskräfte handelte, setzen die von der EU unterstützten Maßnahmen deshalb an der richtigen Stelle an, nämlich vor allem bei der Weiterqualifizierung und der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.“

Ulmer MdEP fordert: Gesundheitskommissar muss Kompetenz für Arzneimittelrecht erhalten - Bisherige Platzierung im Industrieressort nicht sachgerecht



Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou

Die Zuständigkeit in der Europäischen Kommission für Arzneimittelrecht soll künftig bei der Generaldirektion für Gesundheit liegen. Das fordert der CDU-Europaabgeordnete und Arzt Dr. Thomas Ulmer. „In den

Mitgliedstaaten und auch im Europäischen Parlament ist Arzneimittelrecht Sache der Gesundheitsminister und des Gesundheitsausschusses. Die Struktur der Europäischen Kommission ist ein historisches Überbleibsel aus der Zeit, als es weder eine Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, noch eine Gesundheitskommissarin gab“, erklärte Ulmer. Die Generaldirektion Verbraucherschutz wurde Mitte der neunziger Jahre nach der BSE-Krise eingerichtet. Eine eigene Gesundheitskommissarin gibt es erst seit 2007. Das Arzneimittelrecht wird traditionell auf europäischer Ebene bearbeitet, da Arzneimittel handelbare Güter im EU-Binnenmarkt sind. „Jetzt ist der Zeitpunkt für einen Wechsel gekommen. Die bisherige Struktur führt zu großen Verwirrungen. Kein Außenstehender kann verstehen, warum Arzneimittelrecht in der Kommission nicht Sache der Gesundheitspolitik ist. Ich gehe zwar nicht so weit wie manche Kritiker, die behaupten, dass Gesundheitsaspekte generell wirtschaftlichen

Aspekten untergeordnet werden. Aber die aktuelle Situation führt auf jeden Fall zu Verwirrung“, sagte Ulmer. Dies zeige die Diskussion über den Impfstoff gegen die Neue Grippe. Für die Strategie gegen die Grippe und die europäischen Aktionen in diesem Bereich ist Gesundheitskommissarin Vassiliou zuständig, für die Zulassung der Impfstoffe jedoch Industriekommissar Verheugen. „Arzneimittel sind keine gewöhnlichen Waren und daher nicht mit Lebensmitteln oder anderen Gütern zu vergleichen. Auch bei bestimmungsgemäßem Gebrauch können Nebenwirkungen auftreten. Diese Nebenwirkungen muss man in Kauf nehmen, um schwere Krankheiten zu behandeln. Das besondere Gefährdungspotenzial von Arzneimitteln rechtfertigt aber auch besonders strenge Regeln. Natürlich will eine wettbewerbsfähige europäische Pharmaindustrie, die Arbeitsplätze schafft. Aber selbst in den USA, wo die Pharmaindustrie aus ihrer

eigenen Sicht sehr viel bessere Rahmenbedingungen hat als in der EU, ist Arzneimittelrecht Sache der Gesundheitspolitik“, so Ulmer.



Vizepräsident Günter Verheugen, Kommissar für Unternehmen und Industrie

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Kontroverse und emotionale Diskussionen um Milchmarkt



Ein Thema, das derzeit in der Europäischen Union heiß diskutiert wird, ist das Geschehen auf dem europäischen Milchmarkt. Auch innerhalb der EU sowie zwischen den Europaabgeordneten und den Milchbauern gibt es sehr unterschiedliche Meinungen, die zu kontroversen und teils auch emotionalen Diskussionen führen. Es sind jedoch alle darin einig, dass die EU die Bauern unterstützen muss. Das Europäische Parlament hat im Rahmen der Haushaltsberatungen dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Hilfspaket für die europäischen Milchbauern zugestimmt. Die Europaabgeordneten hatten bereits im vergangenen September gefordert, die EU müsse auf die Probleme der Milchbauern auch mit finanzieller Hilfe reagieren.

„Der Hilfsfonds für die Milchbauern ergänzt Maßnahmen auf

nationaler Ebene, etwa die Entlastung beim Agrardiesel, das Vorziehen der Betriebsprämie, zinsgünstige Kredite, erweiterte Bürgschaften. Über die Verwendung der Hilfsmittel muss allerdings auf nationaler und regionaler Ebene entschieden werden“, fordert der badische CDU-Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. „Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Volumen von 280 Millionen Euro will das Parlament auf 300 Millionen Euro erhöhen. Der Milchfonds ist aber faktisch noch größer. Hinzu kommen EU-Programme wie die Förderung der Schulmilch und des Schulobstes in Höhe von fast 20 Millionen Euro. Außerdem beträgt die Erstattung für Milch im Rahmen des „Health Check“ fast 450 Millionen Euro. Diese Gelder stehen dem Haushalt zur Verfügung. Höhere Summen können nicht gegenfinanziert werden und sind reiner Populismus“, erklärt Dr. Thomas Ulmer.

Das Europäische Parlament gibt also „grünes Licht“ für Umstellungen und Modernisierungen, für Kleinerzeuger und auch für junge Landwirte. Die zahlreichen Demonstrationen der Bauern zeigen offensichtlich Wirkung. „Wir dürfen eine schleichende Enteignung unserer Landwirte nicht dulden“, unterstreicht der CDU-Europaabgeordnete. Nun müssen nur noch die Agrar- und Finanzminister Mitte November dem Milchfonds zustimmen.



Wie Europa seine Zukunft auf den Meeren gestaltet / Aktionsplan zur Integrierten Meerespolitik zeigt Wirkung

Meerespolitik rangiert weit oben auf der Agenda der EU-Politik. Das mag zuerst verwundern, hat aber offensichtliche Gründe. Die Meeresgebiete, die dem Gemeinschaftsrecht unterliegen, sind größer als die Landflächen der EU. Europas Küsten sind 70.000 Kilometer lang, bilden mehr als zwei Drittel seiner Grenzen. Die Hälfte der EU-Bürger lebt in Küstenregionen, mehr als 40 Prozent der Wirtschaftsleistung wird hier erbracht. Die Sicht Europas auf seine Meere und Küsten hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Der im Jahr 2007 vorgelegte Aktionsplan zur Integrierten Meerespolitik (IIMP) zeigt bereits erste Wirkung. „Integrierte Meerespolitik trägt wesentlich zu Wachstum, Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung der Küstengebiete bei“, erklärt Dr. Ulmer und ist überzeugt: „Wirtschaft und Umwelt profitieren, wenn die EU für die Nutzung der Meere ein gemeinsames Konzept entwickelt.“ Ein großes Anliegen ist der Aufbau eines europäischen Netzes zur Überwachung der

Meere. Dabei arbeiten die EU und ihre Mitglieder, die Nachbarstaaten sowie militärische und zivile Stellen bereits zusammen. „Für eine optimale Meeresüberwachung brauchen wir aber einen umfassenden grenz- und Sektor übergreifenden Ansatz“, meint Ulmer. Vernetzung würde die nationalen Behörden im Kampf gegen illegale Einwanderung, illegale Fischerei oder Umweltsünder stärken, ihre Überwachungseinsätze effizienter machen und die Kosten längerfristig senken. Die vielfältigen und zersplitterten Überwachungs-, Identifizierungs-, Ortungs- und Meldesysteme sollen kompatibel werden. Dr. Ulmer weist darauf hin, dass dazu gemeinsame Standards für die Datenerfassung, ein klarer Rechtsrahmen und eindeutige Spielregeln notwendig sind. „Meerespolitik überschreitet Grenzen und braucht die Kooperationsbereitschaft von Drittstaaten. Deswegen muss die EU ihren globalen Einfluss stärker nutzen“, betont Ulmer.



Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: © Marem - Fotolia.com (1) / Europäische Kommission - Audiovisual

Service (5); CE | Brussels - Tour et Taxis | P-015025/00-15 | 26/03/2009; CE |

Brussels - EC/Barymont | P-015412/00-05 | 24/06/2009; Common Agricultural

Policy (CAP) CE | P-001313/00-04 | 05/01/92; CE | P-001313/00-11 | 05/01/92; ;

Protection of the sea CE | P-012491/00-23 | 27/11/2006 ;

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP;

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu